

**TOP-Thema****Neuer Schwung für LSBTI-Belange: Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)**

Regenbogen, Strahlen oder Einhornscheif – das Logo der [Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ \(IGSV\)](#) steht auf jeden Fall für Eines: neuen Schwung. Die IGSV, die am 23.07.19 in Form eines Maßnahmenplans vom Senat verabschiedet wurde, bildet die neue politische Klammer für die Maßnahmen des Berliner Senats für die nächsten Jahre in Bezug zu den Belangen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen (LSBTI) Menschen. Damit löst sie ein wichtiges, bereits im Koalitionsvertrag festgehaltenes Versprechen der Regierungskoalitionen ein und bestärkt Berlins Ruf als Regenbogenstadt und nationale sowie internationale Vorreiterin, wenn es um die Belange von LSBTI geht.



Ziel der IGSV ist es, einen umfassenden Prozess der Auseinandersetzung mit der LSBTI-Feindlichkeit in der Gesellschaft zu initiieren, Selbstbestimmung und Teilhabe von LSBTI-Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen, sowie Toleranz, Akzeptanz und Respekt vor geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und unterschiedlicher Lebensentwürfe und -erfahrungen zu erwirken. Um diese Ziele zu erreichen, beinhaltet die IGSV 92 Maßnahmen, die Veränderungen der letzten zehn Jahre reflektieren und baut auf der Initiative aus 2009/2010 auf. In der IGSV wurden die Handlungsfelder des Senats in Bezug auf LSBTI-Themen weiterentwickelt und neue Themenbereiche sind hinzugekommen wie zum Beispiel LSBTI-Geflüchtete oder LSBTI mit Behinderung und psychischer Beeinträchtigung. Die IGSV verankert zudem einen intersektionalen Ansatz in der Berliner LSBTI-Politik und rückt geschlechtliche Vielfalt explizit neben sexueller Vielfalt in den Vordergrund, wie der Titel bereits deutlich macht. Entsprechend ziehen sich Maßnahmen, die die Belange von trans- und intergeschlechtlichen Menschen betreffen, durch alle neun IGSV-Handlungsfelder (siehe unten). Die vielen sehr konkreten Maßnahmen beinhalten zum Beispiel die Einführung eines Monitorings von homo- und transphober Gewalt in Berlin, stärkere Sensibilisierung des Justizvollzugs für die Belange von LSBTI Personen durch Fortbildungen und eine stärkere Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Qualifizierung von Pflege-Fachkräften und Pflegeeinrichtungen in Bezug auf LSBTI und die Einrichtung eines runden Tisches zu LSBTI in Alter und Pflege.

Entwickelt wurde die IGSV in einem intensiven partizipativen Prozess, an dem neben LSBTI-Organisationen auch die vielfältige Stadtgesellschaft sowie Senatsverwaltungen und Bezirke beteiligt waren. Als ressortübergreifende Initiative werden zudem viele Senatsverwaltungen auch an deren Umsetzung beteiligt sein und hierfür jeweils eigene Ansprechpersonen benennen. Die Bezirke spielen bei der Umsetzung ebenfalls eine wichtige Rolle. Die IGSV sieht daher vor, dass auch auf bezirklicher Ebene Ansprechpersonen benannt und Maßnahmen umgesetzt werden.

Die LADS wird die [Einschätzungen der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre zum Fortschritt der IGSV-Umsetzung](#), die halbjährlich auf der Staatssekretärskonferenz erörtert werden, auf ihrer Website veröffentlichen.

IGSV-Handlungsfelder:

- 1: Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
- 2: Erkenntnisgrundlagen verbessern
- 3: LSBTI-Geflüchtete schützen
- 4: Geschichtsdokumentation und -bildung stärken
- 5: Vielfalt in der Vielfalt: Pflege, Alter, Leben mit Behinderung und psychischer Beeinträchtigung
- 6: Bildung, Aufklärung und Jugend- und Familienarbeit stärken
- 7: Wandel der Verwaltungen vorantreiben
- 8: Dialog fördern, Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhöhen
- 9: Gleiche Rechte für LSBTI – die rechtliche Gleichstellung bundesweit vorantreiben

LADS im Gespräch mit Rebecca Jäger

Rebecca Jäger ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband Trans. Der BVT* ist der Dachverband von mehr als 30 Organisationen und Vereinen, die sich für die Belange von trans* Menschen einsetzen. Der BVT* arbeitet an Projekten, die die Situation für trans* Menschen in Deutschland verbessern, ist in internationalen Projekten eingebunden und vertritt die Interessen von trans* Menschen gegenüber der Politik.*



Mein Tag ist gelungen, wenn... mich jemand auf der Straße als trans* identifiziert und anlächelt. Ich empfinde es als kleinen Erfolg meiner Tätigkeit als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbands Trans*. Dabei ist ja eine wichtige Aufgabe, die Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt in Alltag und Öffentlichkeit zu verbessern.

Ein lokaler Maßnahmenplan, der geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in seinem Titel berücksichtigt ist wichtig, weil... sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eine Bereicherung und keine Last für die gesamte Gesellschaft ist. Die Erwähnung im Titel bringt die nötige Wertschätzung zum Ausdruck.

Um die Situation von trans- und intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen zu verbessern, muss... das Transsexuellengesetz abgeschafft werden, schnellstens eine von der Community akzeptierte Regelung für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen in Kraft treten und ein pathologisierungsfreier Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleistet werden.

Zu den Erfolgsfaktoren für eine trans*sensible Umsetzung von lokalen Maßnahmen gehören... persönliches Engagement von Beauftragten, Beteiligten und Akteur*innen und ihre vollumfängliche Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen und Behörden. Persönliches Engagement läuft ohne Rückhalt irgendwann ins Leere – administrative Maßnahmen bleiben ohne persönliches Engagement ein zahnloser Tiger.

Akteur_innen vor Ort

Der Aktionsplan der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) sieht in Maßnahme 11 vor, dass eine Krisen- u. Zufluchtswohnung für erwachsene LSBTI etabliert wird. Diese Maßnahme befindet sich bereits in der Umsetzung.

LSBTI*-Krisenwohnung

In Berlin besteht ein Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für volljährige LSBTI*-Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität von Zwangsverheiratung und/oder familiärer bzw. häuslicher Gewalt bedroht sind. Dadurch können sich Situationen ergeben, in denen sie gezwungen sind, ihr bisheriges soziales Umfeld zu verlassen. Der Kooperationsverbund aus AWO Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e.V., dem Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) des Bildungs- und Sozialwerkes des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg e.V. und dem Berliner Arbeitskreis Zwangsverheiratung hat daher eine LSBTI*-Krisenwohnung eingerichtet. Diese Wohnung bietet Personen in akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung sowie Begleitungs- und Betreuungsmöglichkeiten.



Die LSBTI*-Krisenwohnung ist bezugsfertig, die ersten Bewohner*innen werden im Herbst erwartet. MILES wird zukünftig die Aufgabe einer Clearing-Stelle übernehmen, das heißt hier wird die Erstberatung von LSBTI*-Personen stattfinden, die für eine Vermittlung in das Wohnprojekt in Frage kommen. In der komplett ausgestatteten Wohnung werden die Bewohner*innen selbständig und eigenverantwortlich ihren Alltag gestalten. Unterstützt und betreut werden sie dabei von sozialpädagogischem Fachpersonal der AWO.

LADS Schlaglichter

Senat beschließt Leitbild für mehr Vielfalt in der Berliner Verwaltung

Der Senat hat auf Vorlage der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Senatsverwaltung für Finanzen am 13.08.2019 das Leitbild „Weltoffenes Berlin – chancengerechte Verwaltung“ beschlossen. Es spiegelt das Selbstverständnis der Verwaltung in Bezug auf Vielfalt innerhalb und außerhalb der Verwaltung wider und soll als Orientierung für zukünftiges Verwaltungshandeln dienen. Es ist ein wichtiger Bestandteil des Diversity-Landesprogrammes, das derzeit erarbeitet wird.

Dem Leitbild zufolge soll die Vielfalt in der Berliner Verwaltung aktiv gestaltet werden. Dies umfasst beispielsweise, dass jeglicher Diskriminierung in der Berliner Verwaltung entschieden entgegengetreten wird. Unter anderem geht es auch darum, den barrierefreien Zugang zu den Leistungen der Verwaltung noch umfassender zu ermöglichen. Darüber hinaus soll sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft auch in der Verwaltung abbilden. Das Leitbild sieht daher vor, entsprechende Strategien zur Personalgewinnung und zur Personalentwicklung zu entwickeln.

Das Leitbild wurde in sechs Sitzungen gemeinsam mit den Leitungsverantwortlichen der SE- bzw. Z-Abteilungen der Senatsverwaltungen, Vertreter*innen für Chancengleichheitsstrategien auf Senatsebene, der Hauptschwerbehindertenvertretung, vom Rat der Bürgermeister benannten vier bezirkliche Vertreter*innen, dem Hauptpersonalrat und der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung entwickelt. Nun wird es in einem Folgeprozess darum gehen, das Leitbild umzusetzen und in die Verwaltung zu kommunizieren. Mehr Informationen zum Leitbild finden Sie hier: <https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/landesprogramm-diversity/leitbild/>

Berlin-Monitor 2019

Mit dem Berlin-Monitor liegt erstmals eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zu politischer Kultur und Partizipation, gruppenbezogenen Vorurteilen und Diskriminierungserfahrungen der Berlinerinnen und Berliner vor. Die Befragung soll nunmehr alle zwei Jahre stattfinden. Schwerpunkt der Befragung 2019 war der Antisemitismus. Alle Ergebnisse sind hier abrufbar: <http://berlin-monitor.de/berlin-monitor-2019/>

Pride Week: Besuch aus Istanbul und vielfältige Aktivitäten in Berlin

Unter dem Motto „Gleiche Rechte für Ungleiche – weltweit!“ veranstaltete der Regenbogenfonds e.V. zum 27. Mal das Lesbisch-schwule Stadtfest. Neben Akteur*innen aus Politik, Kultur und Zivilgesellschaft war auch das LSBTI-Referat der LADS mit einem Stand vertreten. Der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Dr. Dirk Behrendt nutzte die Gelegenheit, sich mit vor Ort vertretenen Projekten über Erfolge und Herausforderungen ihrer Arbeit auszutauschen.



Ein Höhepunkt in diesem Jahr war der Besuch zweier LSBTI-Aktivist*innen aus der Partnerstadt Istanbul: Şevval Kılıç und Beyza Bilal, die sich für trans*Personen und queere Frauen sowie geflüchtete und inhaftierte LSBTI in der Türkei einsetzen, waren der Einladung des Senators nach Berlin gefolgt. Bei einem Empfang im Vorfeld von Dyke March und CSD gaben sie einen Einblick in die aktuelle Situation in der Türkei und tauschten sich mit Vertreter*innen der Berliner LSBTI-Community über Chancen internationaler Zusammenarbeit und Solidarität aus. Am nächsten Tag traten Kılıç und Bilal mit Senator Behrendt auf der Bühne des Christopher Street Day auf.

Zum Auftakt der Pride-Week hisste der Senator am Sitz der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mit Vertreter*innen der LSBTI-Community die Regenbogenflagge. Als Zeichen gegen Diskriminierung und für Respekt gegenüber LSBTI war sie eine Woche lang vor dem Gebäude zu sehen.

Fachwerkstatt „Algorithmen und das Recht auf digitale Gleichbehandlung“

Algorithmen können ein Einfallstor für Diskriminierung sein. Zugleich gewinnen digitale Entscheidungsprozesse immer größeren Einfluss auf unseren Alltag. Wie kommt es dazu, dass Algorithmen diskriminieren? Wie kann es verhindert werden? Wo bestehen Schutzlücken? Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, veranstaltete die LADS am 13.09.2019 eine Fachwerkstatt im Rathaus Pankow.

Die Veranstaltung wurde von Dr. Dirk Behrendt, Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, eröffnet. Vertreten waren außerdem die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Maja Smoltczyk, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, AlgorithmWatch, das iRights.Lab sowie das Disruption Network Lab.

Die Diskussion der Referent*innen und Teilnehmenden belief sich vor allem auf folgende Aspekte:

- Die Folgen von algorithmischen Entscheidungsprozessen und Künstlicher Intelligenz hinsichtlich potentieller Diskriminierung müssen abgeschätzt und berücksichtigt werden.
- Die Kompetenz und die Sensibilisierung der Verwaltung hinsichtlich der Nutzung von algorithmenbasierten Softwaresystemen muss laufend gestärkt werden.
- Algorithmische Entscheidungsprozesse und ihre Datengrundlage sollen transparent und nachvollziehbar offengelegt und ihre Funktionen dokumentiert werden.
- Eine Aufsicht zur Regulierung und diskriminierungsfreien Gestaltung von Softwaresystemen und Künstlicher Intelligenz durch unabhängige Einrichtungen ist zu gewährleisten.

Die Ergebnisse der Fachwerkstatt werden demnächst in einer Dokumentation zusammengeführt.

LADS-Publikationen und Merkzettel



Neuerscheinung:

Algorithmen und ihr Diskriminierungsrisiko

Die erste Bestandsaufnahme befasst sich mit Diskriminierungsrisiken bei der Nutzung von Algorithmen im Alltag und in der Verwaltung.

Die Broschüre ist [online](#) verfügbar und in gedruckter Form kostenfrei erhältlich bei der LADS-Broschürenstelle.

Bestellungen richten Sie bitte per E-Mail an:

broschueren.lads@senjustva.berlin.de

LADS-Akademie: Webinar zum Umgang mit Hate Speech

Rechte Verschwörungstheorien, Fake-News oder rassistische Hassrede verbreiten sich zunehmend in den sozialen Netzwerken. Woran lassen sich rechte Argumentationsmuster erkennen und welche Gegenstrategien sind wirksam? Diese Fragen werden im Webinar „Hate Speech“ aufgegriffen und Lösungen erarbeitet. Melden Sie sich schnell an: ladsakademie@ariadne-an-der-spree.de

Termin Webinar:

06.11.2019, 18:00 – 20:00 Uhr

Bildnachweise: S. 2: Rebecca Jäger; S. 3: AWO Berlin Spree-Wuhle e.V.; S. 1, 4 & S. 5: SenJustVA

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) / Abteilung Antidiskriminierung
Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin, Tel. 90 13 3460, www.berlin.de/lads